



Arbeitgeberverband
Region Braunschweig e.V.



Handelsverband
Harz-Heide



Innenstadt
Braunschweig

AI - Arbeitsaustausch Innenstadt
Braunschweig e.V. - seit 1997



»UNION«
RAUFMÄNNISCHER VEREIN
1894 1914

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Althusmann,
sehr geehrte Frau Ministerin Behrens,

sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Markurth,
sehr geehrte Frau Dezernentin Dr. Arbogast,
sehr geehrter Herr Dezernent Leppa,

sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Müller,
sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Mohrs,

seit Februar haben Verbände und Kammern gemeinsam mit der Stadt Braunschweig ein Konzept zur sicheren Öffnung von Betrieben trotz anhaltender Pandemie entwickelt. Unser besonderer Dank gilt hierbei der Braunschweig Zukunft GmbH und dem Wirtschaftsdezernenten Gerold Leppa. Entstanden ist ein Konzept, das unter dem Namen „Braunschweiger Weg“ bald darauf Teil einer Diskussion über die Einrichtung sogenannter Modellregionen wurde.

Am 22.03.2021 hat die MPK den gemeinsamen Beschluss getroffen, Modellprojekte in ausgewählten Städten und Gemeinden zu ermöglichen. Am Tag dieses Beschlusses wies die Stadt Braunschweig eine 7-Tages-Inzidenz von 87,4 auf. Am 12.04.2021 erklärte die niedersächsische Gesundheitsministerin Behrens, dass der Start der Modellprojekte vorerst verschoben wird. Das war ein Schlag ins Gesicht der Händler, Gastronomen, Kultur- und Sportbetriebe, die sich mit viel Aufwand und Engagement auf das Modellprojekt vorbereitet haben. Die 7-Tages-Inzidenz von Braunschweig lag am Tag dieser Erklärung fast unverändert bei 89.

Offensichtlich taugt der Inzidenzwert weder zur Erklärung des Aufschubs noch insgesamt als Maßstab für die Bewertung von Modellprojekten. Deswegen hätten wir uns von der Landesregierung und der Stadt Braunschweig kein Abwarten in dieser Frage erwartet, sondern eine entschiedene Positionierung. Ein rechtlicher Regelungsrahmen, der allein auf die Inzidenz fixiert ist, kann niemals eine sinnvolle Rechtsgrundlage für Modellprojekte sein. Wer über den Start oder Abbruch von Modellprojekten allein mit der Inzidenz entscheiden will, kann sich die Durchführung solcher Projekte von Beginn an sparen.

Es darf doch kein Nachteil für Kommunen sein, viel zu testen und dadurch mehr Fälle zu entdecken, die ansonsten unerkannt geblieben wären. Im Gegenteil: Es muss von Vorteil sein und es muss Anreize für Bürger*innen und auch Mitarbeiter*innen geben, wirklich ein bis zweimal in der Woche einen Schnelltest durchzuführen. Die Modellprojekte böten endlich so

einen Vorteil; auch deswegen ist deren Aufschub ein schwerer Fehler. Entscheidend ist doch nicht die Inzidenz, sondern die Frage, ob die Modellprojekte wirklich zu einem echten Anstieg von Infektionen führen. Um dies zu vermeiden und eine bereinigte Sicht auf das Infektionsgeschehen zu erlangen, sollte das Modellprojekt – wie auch vom Gesundheitsministerium als vorzugswürdig beschrieben – wissenschaftlich und nicht allein durch eine einfache und offensichtlich manipulierbare Kennzahl begleitet und ausgewertet werden.

Deswegen war es von der Landesregierung klug und folgerichtig, in der Landesverordnung zu regeln, dass ein Abbruch der Projekte eben nicht stattfindet, wenn die Überschreitung einer Inzidenz von 200 „ausschließlich auf die im Rahmen des Modellprojekts zusätzlichen Testungen zurückzuführen ist.“

In den letzten Tagen fokussiert sich die politische Debatte aber wieder allein an einer inzidenzbasierten Sichtweise. Es wäre ein fataler Fehler, wenn das Bundesinfektionsschutzgesetz Modellprojekte unmöglich macht, weil es ihnen einen Regelungsrahmen setzt, der dem Grundgedanken von Modellprojekten niemals gerecht werden kann.

Wir danken Ministerpräsident Weil, dass er in seinen gestrigen Äußerungen noch mal auf die Wichtigkeit der Modellprojekte hingewiesen hat und bitten Sie alle, hierfür sehr schnell Möglichkeiten zu finden, die einen klugen und realistischen Regelungsrahmen weiterhin sicherstellen.

Die politische Kommunikation der letzten Tage hat den Projekten unnötig geschadet. Es entstand der Eindruck, dass es nicht mehr genügend „Puffer“ in den Intensivstationen gäbe, um nun Modellprojekte zu starten. Darin schwingt zumindest indirekt der Vorwurf und die Vermutung mit, dass Modellprojekte als Öffnungsschritte zwangsläufig zu steigenden Fallzahlen führen würden.

Ob weniger als 50 Covid-Patienten in den drei Krankenhäusern in der Stadt Braunschweig schon auf Versorgungsengpässe hindeuten, können wir abschließend nicht bewerten, erinnern aber an die Entscheidung des Landes, keine weiteren Kapazitäten für Corona-Patienten in einem Behelfskrankenhaus aufzubauen.

Wichtiger scheint uns, noch mal zu betonen: Die Modellprojekte sind dank der hohen Auflagen aus unserer Sicht vornehmlich gar keine Gefahr. Wir erkennen absolut keinen Automatismus, bei dem Modellprojekte zu einer Verschärfung der Pandemie führen müssen. Im Gegenteil: Wir sehen sogar eine Chance in deren Bekämpfung – mindestens aber ein Weg, um trotz Pandemie endlich wieder mehr Freiheitsrechte für Unternehmen wie Bürger*innen zurückzugewinnen.

Nachdem wir uns in den letzten Wochen sicher waren, dass Sie diese Überzeugung mit uns teilen, irritiert uns die geringe Gegenwehr gegen Überlegungen auf Bundesebene zu einem Infektionsschutzgesetz, das all das in Frage stellt. Wo aber trotz all unserer Bedenken dennoch allein mit der Inzidenz über Öffnungen und Schließungen entschieden wird, bitten wir Sie dies fair und ausgewogen zu tun. Betrachtet man die letzten Wochen in Braunschweig, muss man leider feststellen, dass eine Inzidenz über 100 sehr schnell zu Schließungen führt, während eine Inzidenz unter 100 über 10 Tage zu keiner Öffnung führte. Auch dafür fehlt den betroffenen Betrieben das Verständnis.

Wir verstehen Ihre Sorgen um aktuell ansteigende Fallzahlen, aber bitten um Kenntnisnahme, dass die geschlossenen Betriebe offensichtlich nicht die Ursache hierfür sein können. In den Unternehmen stünden sehr umfangreiche Hygienemaßnahmen zur Verfügung, um einen Betrieb ohne die Gefahr von Infektionen zu ermöglichen. All das findet in den aktuellen Diskussionen zum Bundesinfektionsschutzgesetz keinen Anklang.

Lassen Sie uns die Gefühlslage vieler betroffener Betriebe etwas zugespitzt ausdrücken: Seit über einem Jahr sind Luftfilter in Schulen und Kitas eine Rarität und die digitale Pandemieabwehr steckt weiter in den Kinderschuhen. Aber anstatt diese Mängel zu beseitigen, werden Betriebe geschlossen gehalten, die bestens für den Infektionsschutz ihrer Besucher gerüstet sind.

Wir wissen um viele Herausforderungen und undankbare Gemengelagen, vor denen Sie im Zuge der Pandemiebekämpfung stehen und standen. Deswegen wollen wir abschließend keinen Vorwurf an Sie richten, sehr wohl aber einen deutlichen Appell.

Nach Monaten, in denen viele Betriebe unter massiven Wettbewerbsverzerrungen leiden mussten, weil im Onlinehandel und auch in Supermärkten vom Fernseher bis zum Fahrrad alles und im stationären Fachhandel nichts gekauft werden konnte, waren die Modellprojekte endlich ein Hoffnungsschimmer. Ohne Zweifel kann man darauf verweisen, dass der Schutz von Leib und Leben erneut Vorrang vor rein wirtschaftlichen Interessen haben muss.

Doch bitte bedenken Sie, dass all das längst nicht nur eine wirtschaftliche Frage ist. Der Betrieb von Handel, Gastronomie, Kultur und Sport wäre auch im Rahmen der Modellprojekte kaum wirtschaftlich gewesen. Und dennoch waren so viele Betriebe mit Begeisterung in den Vorbereitungen des Modellprojekts dabei, weil es um mehr ging als fehlende Einnahmen, die der Staat mal besser und mal schlechter im Zuge dieser Krise kompensiert. Es geht längst um viel größere Schäden der Betroffenen, unserer Gesellschaft und unserer Kultur. Wir sind erschrocken, wie wenig all das in der zweifelsfrei schwierigen Interessensabwägung der letzten Tage Berücksichtigung findet und bitten Sie dringend um eine Korrektur von Kurs und Kommunikation.

Mit freundlichen Grüßen

IHK Braunschweig



Tobias Hoffmann, Präsident



Dr. Florian Löbermann, Hauptgeschäftsführer

AGV Region Braunschweig




Wolfgang Niensch,
Vorstandsvorsitzender



Florian Bernschneider, Hauptgeschäftsführer

Handelsverband Harz-Heide



Olaf Jaeschke, Stellv. Präsident



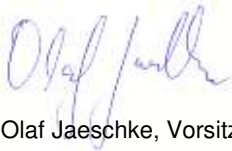
Mark Alexander Krack, Geschäftsführer

DEHOGA Kreisverband Region Braunschweig-Wolfenbüttel



Bernd Weymann, 1. Vorsitzender Mark Alexander Krack, Geschäftsführer

AAI Arbeitsausschuss Innenstadt



Olaf Jaeschke, Vorsitzender

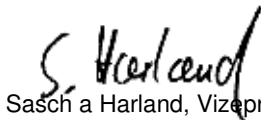


Mirko Rüsing, Stellv. Vorsitzender

Kaufmännische Union



Adalbert Wandt, Präsident



Sascha Harland, Vizepräsident